

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die 6 Spalten, Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. 6. 1/2 Uhr der Redaktion. Freitag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Wenige Inseraten-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 45.

Duisburg, den 4. November 1916.

17. Jahrgang.

Lohnverhältnisse der Metallarbeiter im Aachener Bezirk

II.

Arbeiterinnen hatten einen Lohndurchschnitt von 35,5, 34,8, 33,1, 31,9, sodaß hier eine gewisse Stabilität der Löhne festzustellen ist.

Einen überaus großen Mißstand bekunden die Arbeitsverdienste der sogenannten Zageisböhner, der Hilfs- oder Spärdarbeiter. Der durchschnittliche Verdienst dieser Arbeitergruppe steht je nach Betrieb auf 37,1 bis 43,4 Pfg. die Stunde. Den statistischen Feststellungen zufolge ist diese Berufs-kategorie — soweit verheiratete Leute in Frage kommen — besonders reich mit Kindern gesegnet. Es liegen Fälle vor, in denen Hilfsarbeiter eine Kinderzahl von 8, 7, 6 usw. und einen Stundenverdienst von 42 und 44 Pfennig angeben. Daß unter diesen Umständen Arbeiterfamilien der größten Not und dem bittersten Elend preisgegeben sind, liegt auf der Hand. Die mit solchen Lohn- und Lebensbedingungen als unabwiesbar verbundene Unterernährung wird die Volkskraft dieser Arbeiterschichten vollends untergraben und somit dem Einzelnen, und auch der Volksgesamtheit unerföhrlichen Schaden zufügen.

Bergleieht man die Durchschnittslöhne der Arbeiter dieser Aachener Werke mit solchen gleichartiger Betriebe in benachbarten Bezirken, wie Cöln, Düsseldorf, usw., so ergibt sich, daß je nach Beruf die Aachener Löhne um 25 bis 35 Pfg. die Stunde zurückstehen. Diese gewaltigen Spannungen sind nicht zu rechtfertigen und können auf die Dauer nicht aufrecht erhalten bleiben.

Aus einem Betriebe der Schwereisenindustrie in der Nähe Aachens laufen fortgesetzt Klagen der Arbeiter über unzulängliche Arbeitslöhne ein. Es seien einige im Wortlaut angeführt: „Im Thomawerk steht der Schichtlohn für Bodenstößer und Dolomitmähler auf 5 Mark für den ersten Mann und auf 4,50 Mark für den zweiten Mann. Konvertierbauer und Bodenstampfer stehen auf 4,50 Mark bzw. 4 Mark Schichtlohn; Dolomittbrenner und Steinpresser erhalten pro Schicht 4,20 bzw. 4 Mark. Dazu kommt eine sogenannte Prämie, deren Höhe zu berechnen jedoch den Arbeitern niemals möglich ist. Im Monat Juli 1916 betrug diese Prämie 24 Prozent, im August 1916 hingegen nur 20 Prozent. Vor dem Kriege erreichte die Prämie durchschnittlich die Höhe von 30 bis 35 Prozent, so daß das Einkommen gegenwärtig trotz einer sogenannten Kriegszulage geringer ist, wie vor dem Kriege.“ Aus der Abteilung Schweißwerk dieses Betriebes sagt ein Arbeiter: „Mein Verdienst betrug vor dem Kriege pro Schicht 5,20 bis 5,50 Mark. Nach welchem Verfahren unsere Verdienste festgestellt werden, ist uns unbekannt. Uns ist es nicht möglich, diesen Verdienst zu berechnen. Seit Wochen schon beträgt mein Verdienst 4,90 Mark pro Schicht. Mit derselben Verdienstverminderung haben auch meine Kollegen zu rechnen. Wir kommen im Kriege nicht an ein Verdienst von 5 Mark pro Schicht. Den angewöhnten belgischen Arbeitern zahlt die Hütte in der Regel 1 Mark pro Schicht mehr wie uns.“ Nach neuerlichen Berichten sind die Abschlagszahlungen in mehreren Abteilungen dieses Werkes jüngst erhöht worden. Die in Belegschaftsversammlungen vorgenommenen Lohnfeststellungen und Kritiken scheinen somit bereits ein praktisches Ergebnis erzielt zu haben. Das ist zu begrüßen. Der Arbeiterschaft aber sollten diese Vorkommnisse Veranlassung geben, durch vollständigen Beitritt zur Organisation die restlichen Mängel beseitigen zu helfen.

Ueber die Verdienstverhältnisse einer Zinkhütte im Stolberger Gebiet lautet die Berichte: Der Schichtlohn für Stoßer und Schmelzer betragt 3 Mark und 3,40 Mark. Hinzu kommt ein sogenanntes Ladegeld in Höhe von 1,15 Mark pro Schicht und eine Prämie, deren Ertrag jedoch von den Arbeitern nicht berechnet werden kann. Vor dem Kriege erreichte die Prämie eine Höhe von 90 Pfg. und 1 Mark im Durchschnitt; gegenwärtig durchschnittlich 75 Pfg. pro Schicht. Der Schichtlohn ist während des Krieges um 20 Pfg. erhöht worden, da jedoch die Prämie jetzt nicht den Ertrag erreicht wie vor dem Kriege, sind die Einkommensverhältnisse vielfach nicht besser, sondern im Gegenteil noch schlechter geworden.

Zinkwalzer berichten, daß der Schichtlohn für Vorwalzer auf 5,80 Mark und für weitere drei Leute an der Walze auf 4,50 bis 4,80 Mark fest. Schlosser verdienen 4,80 und 5 Mark pro Schicht. Das Werk zahlt als Kriegszulage für jede geleistete Schicht 10 Pfg. Verheiratete Leute erhalten für jedes Kind unter 14 Jahren ebenfalls 10 Pfg. pro Schicht. Die Arbeit in Betrieben dieser Art ist nicht nur ganz besonders anstrengend, sondern auch in außergewöhnlichem Maße gesundheitschädlich.

Ueber die Verhältnisse in einem Kupfer-, Zink- und Messing-Walzwerk in Stolberg wird berichtet: Die Löhne im Blechwalzwerk betragen für Walzer 4,20 bis 4,50 Mark, für Hilfsarbeiter über 24 Jahre 3,80 und 4,00 Mark, von 18 bis 24 Jahren 2,70 bis 3,40, von 16 bis 18 Jahren 2,20 bis 2,70 Mark, von 14 bis 16 Jahren 2 Mark bis 2,20 Mark. Vor Kriegsausbruch erhielten die Hilfsarbeiter einen Lohn bis zu 3,50 Mark pro Tag. Nachdem sich dieselben im Jahre 1915 mehrfach energisch um höhere Löhne bewandert haben, erhielten sie eine Lohnaufbesserung bis zu 50 Pfg. pro Tag. Vom 1. Dezember 1915 ab wird eine Kriegszulage gezahlt und zwar erhalten verheiratete Leute 80 Pfg. und Ledige 50 Pfg. pro Tag. Usdann wird seit einiger Zeit eine Kinderzulage gewährt und zwar erhalten verheiratete Leute vom dritten und jedem weiteren Kinde eine Zulage von 10 Pfg. pro Schicht. Der Bekanntmachung der Firma über diese Kriegszulagen war als Nachsatz angefügt: „Anderweitige Eingaben um Lohnhöherungen usw. sind zwecklos und bitten wir, dieselben zu unterlassen.“ Zu den Lohnverhältnissen ist noch zu bemerken: Für Ueberstunden und Nacharbeit wird ein besonderer Zuschlag nicht gewährt. Vor Kriegsausbruch bestand in der Firma ein Prämien-system, nach welchem die Arbeiter eine Prämie in der Höhe von 50 bis 80 Pfg. pro Tag erreichen konnten. Diese Prämien wurden im Jahre viermal ausgezahlt. Im Streifenwalzwerk beträgt der Lohn für Walzer 4,20 Mark, für die übrigen Arbeiter bis 4 Mark wie im Blechwalzwerk. Die Walzer im Streifenwalzwerk arbeiten meistens in Akkord. Dieselben verdienen im Durchschnitt bei intensiver Arbeitsleistung bis zu 6 Mark.

Erwähnt wurde bereits das Vorhandensein von sog. Kriegs- oder Feuerungszulagen in einigen Werken. Damit ist diese Frage nicht erschöpfend behandelt. Besonderen Untersuchungen zufolge weisen auch einige Aachener Firmen der Metallindustrie solche Zulagen auf.

Das Gesamtbild der Lohnverhältnisse der Metallarbeiter im Aachener Bezirk läßt, wie bereits angedeutet, einen ganz erheblichen Rückstand sowohl in den Arbeitsverdiensten und Stundenlohnsätzen als wie auch in der Substanz von Feuerungszulagen erkennen. Zur Illustration der großen Unterschiede zwischen hier und den Verhältnissen anderer Bezirke sei nur auf ein Angebot verwiesen, unter besten Bedingungen dieser Tage zur Ueberweisung von Arbeitskräften erachtet wird. Es heißt dort: Gelernte Schlosser und Mechaniker erhalten: bei einem Alter bis 22 Jahre einen Stundenlohn von 1 Mark, bei einem Alter über 22 Jahre einen Stundenlohn von 1,20 Mark, Hilfsarbeiter (sog. Fabrikarbeiter, Kleiter usw.) erhalten 0,82 bis 0,70 Mark pro Stunde. Außerdem wird die erste Fahrt zur Arbeitsstätte, alsdann etwaige notwendige Eisenbahn-Wochenkarten sowie im Falle der Uebersiedelung der Familie Uebersiedelungskosten gewährt. Weiter erhalten Arbeiter, die verheiratet sind, bei einem Kinde 5 Mark halbmonatliche und bei zwei und mehr Kindern 6 Mark halbmonatliche Unterstützung. In zahlreichen anderen Fällen wurden in letzter Zeit bei Stundenverdiensten von 1 Mark bis 1,25 Mark für Facharbeiter und 0,58 bis 0,62 Mark für Hilfsarbeiter Feuerungszulagen von 10 Pfg. pro Arbeitsstunde eingeführt. U. a. verfügt ein Werk der Cölnener Metallindustrie am 30. Juni 1916: „Mit Rücksicht auf die gesteigerten Kosten der allgemeinen Lebenshaltung werden ab 1. Juli bis auf weiteres — Änderungen und Widerruf vorbehalten — folgende Zuschulagen gewährt: a) den erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeitern 0,10 Mark, b) den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern bis zu 18 Jahren 0,05 Mark für jede geleistete volle Arbeitsstunde.“ Von Düsseldorf-Werken ist festzustellen, daß eine Feuerungszulage von 0,10 Mark pro geleistete Arbeitsstunde gezahlt wird, wenn der monatliche Arbeitsverdienst unter 300 Mark geblieben und eine solche von 0,05 Mark pro Arbeitsstunde, wenn der monatliche

Arbeitsverdienst 300 Mark übersteigt. Die verheirateten Arbeiter erhalten zudem als Kinderzulage 8 Mark für das erste und für jedes weitere Kind unter 14 Jahren weitere 4 Mark im Monat.

Angesichts dieser Sachlage und insbesondere auch in Berücksichtigung der außergewöhnlich hohen Kriegsgewinne der Rüstungsindustrie kann das Bestreben der Metallarbeiterschaft des Aachener Bezirks allseitig nur vollste Würdigung finden. Was die Metallarbeiter und Arbeiterinnen wollen, ist durch die Beschlüsse der am 1. Oktober 1916 zu Aachen stattgefundenen Versammlung unzweideutig zum Ausdruck gekommen. Erhaltung der niedrig bemessenen Lohnsätze der Hilfsarbeiter und Arbeiter in festem Stundenlohn sowie Gewährung von Feuerungszulagen an alle verheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Verdienstsätzen bis zu 8 Mark pro Tag stehen. Diese Forderungen sind maßvoll und gewiß geeignet, als Grundlage zu einer Verständigung zu dienen. Die Arbeitgeber der Aachener Industrie des Metallgewerbes haben es in der Hand, durch Entgegenkommen und Verständigung tiefgehende Verbitterung in Arbeiterkreisen und Grund zu ernsthaften Konflikten zu beseitigen, Arbeitsfreudigkeit, Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit zu heben und zu stärken. Die Arbeiterschaft aber hat alle Veranlassung und Verpflichtung, im Hinblick auf die großen Aufgaben der Gegenwart und in besonderem Maße auch mit Rücksicht auf die Entwicklung späterer Zeit der gewerkschaftlichen Organisation beizutreten.

Der Christliche Metallarbeiterverband Deutschlands hat sich jederzeit als wirksame Interessenvertretung der Arbeiter erwiesen, so daß der Beitritt zu diesem Verbande allen Arbeitern und Arbeiterinnen dringend zu empfehlen ist.

Die Werftarbeiter um ihre Feuerungszulagen

Während der sehr langen Dauer des Weltkrieges sind die wirtschaftlichen Wirkungen, die dieser hervorgerufen hat, für die große Masse der konsumierenden Bevölkerung immer drückender geworden. Wenn auch im ersten Jahre des Krieges die Verteuerung der Lebensmittel infolge der enormen Preissteigerungen noch schlimmer empfunden wurde und in der letzten Zeit durch Rationierung und Festsetzung von Höchstpreisen, an jenem Zustand einiges gemildert worden ist, so haben doch alle diese Mittel es nicht vermocht, vornehmlich der minderbemittelten Bevölkerung, die Last zu erleichtern. Die Verteuerung wirkt mit der Länge des Krieges immer schwerer. Diese Erscheinung wird schon dadurch bedingt, daß Anschaffungen aller Art in der Erwartung aufgeschoben worden sind, daß der Krieg in einer je nach der individuellen Auffassung vorausgesetzten Zeit doch zu Ende gehen wird, und daß dann die zu erwartenden überhöhtlichen Zeit-Verhältnisse, zu solchen Käufen geeigneter wären. Das Ende des Krieges ist aber mehr in eine unbestimmte Ferne gerückt und die Anschaffungen werden unumgänglich. Ferner verbraucht man auch heute in jeder Beziehung viel mehr als früher, was jedenfalls durch die Qualität der Waren, die mit der Länge des Krieges ganz naturgemäß weiter gesunken ist, durchaus erklärlich wird.

Die Absichten Englands, die politische Niederzwingung Deutschlands durch wirtschaftliche Aushungerung zu erzielen, hat bei uns ganz allgemein die Empfindung ausgelöst, daß man sich mit den gegebenen Verhältnissen — und darunter versteht man in der Hauptsache die Knappheit der Lebensmittel — so gut oder so schlecht es eben geht, abfinden müsse. Auf diesen Umstand ist es auch in der Hauptsache zurückzuführen, wenn trotz eintretender Verteuerung, die Arbeiterschaft mit diesbezüglichen Forderungen an die Unternehmer lange zurückgehalten hat. Diese Tatsache ist insbesondere bei den Arbeitern der Seefischindustrie zu konstatieren. In anderen Wirtschaftszweigen haben die Arbeiter bereits längere Feuerungszulagen erhalten, als auch die Werftarbeiter ernstliche Ansprüche darauf erhoben. Erklärlich wird dies nur dadurch, daß auf den meisten Werften, da diese mit Staatsaufträgen versehen waren, die Arbeit nach Ausbruch des Krieges weiter forciert wurde, und die Arbeiter bei der üblichen Mordbarkeit einen etwas größeren Verdienst als bisher heraus gearbeitet haben. Es ging natürlich

auf ihre eigenen Kosten. Dieser Vorgang ist aber gerade in jener Zeit, vielfach beobachtet worden. Ob außer der Not mehr zu verzeichnen sei, noch vaterländische Gefühle dabei als selbständige Faktor zu betrachten sind, können wir hier unerörtert lassen.

Die Werksbesitzer verhielten sich aber auch von Anfang an sehr zugetriben gegenüber den Forderungen der Arbeiter. Wo diese als Gesamtheit auftraten und Kommissionen zu den Werksleitungen vorschickten wurden sie abgewiesen. Dies ist teilweise sogar in einer für die Arbeiter recht verletzenden Form geschehen, die gar nicht burgfriedlich ausfiel. Obwohl es angebracht erscheinen könnte, so wollen wir in diesem Artikel, doch nicht auf diese Einzelheiten eingehen. Erst gegen Ende des Jahres 1915, haben sich die Werksbesitzer zum erstenmale bereit gefunden, eine Teuerungszulage, in der Form einer Weihnachtsgroßzahlung, zu gewähren. Sie betrug, je nach der Stärke der Familie zwischen 10 bis 15 Mark und war an eine bestimmte Beschäftigungsdauer gebunden. Bei einzelnen Werken waren die Beträge noch etwas niedriger bemessen. Die Arbeiter, die natürlich eine fortlaufende Aufbesserung in ihrem Verdienst erwarteten, waren über diese verhältnismäßig geringe Zuwendung sehr enttäuscht. Sie stellten von neuem ihre Anforderungen, und zwar teils direkt, zum Teil auch durch ihre Organisationsleitungen. Die Wirkung der Arbeiterorganisationsleitungen bei solchen Fällen, ist unter dem Kriegszustand eine wesentlich andere, als unter normalen Verhältnissen. Daß sie die Mittel heute nicht anwenden können, die ihnen sonst zur Verfügung stehen, ist selbstverständlich auch den Unternehmern bekannt.

Im Frühjahr dieses Jahres sind die Werksbesitzer endlich dazu bewogen worden, die erste dauernde Teuerungszulage den Arbeitern zu gewähren und zwar, in der Höhe von 2, 3 und 4 Mark, teilweise auch bis zu 6 Mark monatlich und für Kinder unter 14 Jahren 2 Mark, die allerdings bei unentschuldigtem Versäumen, bis auf ein Drittel gekürzt werden könnte. Auch diese Zulage war, nach den gewaltig gestiegenen Preisverhältnissen, völlig unzugänglich. Die Arbeiter stellten wieder Forderungen, und zwar meistens die Arbeiter der einzelnen Werksorte, durch ihre örtlichen Organisationsleitungen.

Neben denen anderer Orte, richteten auch die Hamburger Werftarbeiter durch den Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Bundes im Namen der beteiligten örtlichen Organisationen am 22. Juni d. J. an den „Verband der Eisenindustrie Hamburg-Altona“ das folgende Gesuch:

1. Eine Lohnerhöhung um 10 Pfg. pro Stunde für alle Arbeiter;
2. Einen Mindestlohn für Arbeiterinnen von 40 Pfg. pro Stunde;
3. Eine der Lohnerhöhung entsprechende Regelung der Akkordpreise.

In einer in den folgenden Wochen stattgefundenen Zusammenkunft der „Gruppe Deutscher Schiffswerften“ ist daraufhin beschlossen worden, den Arbeitern etwas zu bewilligen und dieser Beschluß wurde durch Anschlag auf den Werften bekannt gegeben. Nach diesem Anschlag wurde die im April gewährte monatliche Teuerungszulage um 50 Prozent erhöht, die Einstellungslohne sollten um drei und die bestehenden Löhne um zwei Pfennig pro Stunde erhöht werden.

Die Hamburger Werftarbeiter nahmen zunächst an einer Versammlung der Vertrauensleute, nachher auch noch in einer Versammlung der Werftarbeiter selbst, zu dem auf so eigenartige Weise mitgeteilten Beschlüssen der Werften Stellung. In beiden Versammlungen kam ihre Unzufriedenheit über die unzureichenden Zugeständnisse ja das gänzliche Ausharren ihrer für sie dringendsten Wünsche, wie die Regelung der Akkordpreise, die Löhne der Arbeiterinnen, recht lebhaft zum Ausdruck. In einer angenommenen Resolution wurde auch den Werften die Antwort der Arbeiter übermittelt. In derselben wurde ausgesprochen, daß die Arbeiter die bekanntgegebenen Zugeständnisse der Werften als eine Art Abschlagszahlung annehmen, daß sie aber auf ihre weitergehenden Wünsche nicht verzichten könnten, sie vielmehr zu gegebener Zeit erneuern würden.

Darüber sind jetzt zwei Monate vergangen. Dann haben die Hamburger Werftarbeiter ihre Arbeitgeber wiederum um eine Aufbesserung ihres Verdienstes ersucht. In Anbetracht der im Juni bewilligten zwei Pfennig zum bestehenden Lohn, wurde nun die weitere Erhöhung der Löhne für Arbeiterinnen, sowie um die Regelung der Akkordpreise erwünscht. Die Begriffe für eine solche Regelung wurden in der schriftlichen Eingabe, in folgender Form zum Ausdruck gebracht: Daß für Berufsarbeiter bei Akkordarbeit pro Stunde mindestens ein Verdienst von M. 1,— erreicht wird, für angeleitete Arbeiter ein solcher von M. —,50 und für unangeleitete Arbeiter 70 Pfg. Ähnliche Forderungen wie diese sind auch von den Werftarbeitern der anderen Orte an die dortigen Unternehmern gerichtet worden. Zum Teil sind diese schon früher, zum Teil auch etwas später als die Hamburger Forderungen, den Unternehmern zugestellt.

Es sind dann wieder mehrere Wochen ins Land gegangen, bis schließlich die Werften durch den Vertreter des Hamburger Zweigverbandes der Unternehmern ihre Unzufriedenheit mitgeteilt haben, daß sie zu einer Besprechung der Wünsche der Arbeiter mit Ver-

tretern derselben zusammenkommen wollten. Da die Forderungen der Arbeiter durch ihre Organisationsvertreter den Werften übermittelt worden waren, haben sich, was ja eigentlich selbstverständlich ist und auch schon zur Gepflogenheit geworden war, Vertreter der beteiligten Werksleitungen, und zwar der freien sowohl wie der Christlichen Gewerkschaften, auch des Gewerksvereins (Hirsch-D.), zur Teilnahme an Verhandlungen bereit erklärt und den Werksbesitzern dies zur Kenntnis bringen lassen. Diese aber haben dann durch ihren Vertreter, Herrn Syndikus Dr. Nitsche, erwidern lassen, daß es weder ihr Wunsch noch ihre Absicht sei, mit Vertretern der Werksleitungen die Angelegenheiten zu besprechen. Ihre Absicht sei vielmehr die, einer beschränkten Zahl von aus den Kreisen der Werftarbeiter gewählten Vertretern den ungünstigen Stand der Werften zu erklären und ihnen zu sagen, daß sie aus diesen Gründen die Forderungen der Arbeiter ablehnen müßten. Wenn die Vertreter der Werksleitungen zu der Besprechung hinkämen, würden die Werksbesitzer dagegen wohl nicht protestieren, aber erwünscht wäre ihre Anwesenheit nicht. Und diese Absicht der Unternehmern hat dann auch Herr Dr. Nitsche in anerkannter Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Einer Erwiderung, wie sie hier beabsichtigt war, konnten die Vertreter der Werksleitungen allerdings gerne fern bleiben, und das haben sie denn auch getan.

Aber eine andere Frage lag jetzt sehr nahe und das war die, ob denn die Arbeiter überhaupt noch zu einer solchen „Verhandlung“ Vertreter entsenden sollten. Sie, die bei den Unternehmern um Verhandlungen über ihre Forderungen nachgesucht hatten, sie wurden jetzt zu dem ausgesprochenen Zweck eingeladen, um ihnen einen im Voraus gefaßten Beschluß „zu erklären“, daß die Werften nichts bewilligen wollten. Es gehört gewiß nicht viel Phantasie dazu, die Möglichkeit der Ablehnung dieses Verlangens bei den Werftarbeitern vorauszusetzen. Und man könnte fast versucht sein, zu glauben, die Voraussetzung wäre auch von der Gegenseite in Rechnung gestellt. Jedoch, wir wollen das vorläufig nicht annehmen, wir setzen vielmehr voraus, daß es wohl eine unglückliche, aber immerhin ehrliche Absicht war, die die Unternehmern verfolgten.

Von den Werftarbeitern aus den verschiedenen Werksorten war eine Vertreterschaft nach Hamburg zusammengelommen und diese hat sich beraten lassen, eine Kommission zu entsenden. Es wurden 18 Personen dazu bestimmt, und zwar so, daß alle Werksorte außer Stettin und Kottbus, die bei der Sache nicht mit einbezogen, vertreten waren. Diese Sitzung mit den Werksbesitzern fand am Freitag, den 20. Okt. d. J. in Hamburg statt. Den Vertretern der Werftarbeiter ist dort, wie es schon angekündigt war, aneinander gesetzt worden, daß die wirtschaftliche Lage der Werften eine recht ungünstige sei, und daß die Unternehmern die Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigen können. Besonders Herr Dr.-Ing. S. Blohm, der auch die Sitzung geleitet hat, ist hier als Sprecher der Werften aufgetreten. Bei der längeren Auseinandersetzung, bei der man schließlich auch auf Einzelfälle eingegangen ist, wo unter anderem auch die Verhältnisse im Akkordwesen berührt worden sind, ist dann von Herrn Blohm die Erklärung abgegeben worden, daß eine Revision der Akkordpreise stattfinden solle. Es würde auch noch ein näherer Beschluß erteilt werden.

Am demselben Tage, an dem diese Sitzung stattfand, lagte am Nachmittag auch noch eine Konferenz der Vertreter der Werftarbeiter in Hamburg. Diese hat den Bericht über die Besprechung mit den Werksbesitzern entgegen genommen und ihre Antwort darauf in folgender Entscheidung zum Ausdruck gebracht.

Die am 20. Oktober 1916 in Hamburg tagende Konferenz der Vertreter der Werftarbeiter bedauert, daß die Werksbesitzer auf die Forderungen der Arbeiter keinerlei Entgegenkommen gezeigt haben.

Die Konferenz ist überzeugt, daß durch die ablehnende Haltung der Werksbesitzer, die vorhandene große Unzufriedenheit unter den Werftarbeitern noch erheblich gesteigert wird. Da das Ergebnis der heutigen Verhandlungen den Erwartungen, die die Werftarbeiter an diese gesetzt haben, nicht entspricht, verpflichten sich die Vertreter der Werftarbeiter auf den einzelnen Werften, auf weitere Verhandlungen, insbesondere auf die angelegte Revision der Akkordpreise, zu dringen und über den Ausgang der Verhandlungen an die Zentral-Werkskommission zu berichten.

Den Wünschen wird entsprechende Rücksicht, mit den zuständigen Reichsbehörden in Verbindung zu treten.

Die Vertreter auf der Konferenz werden nun inzwischen den Kollegen an ihren Orten bereits berichtet haben, daß bei der Besprechung mit den Werksbesitzern in Hamburg, nichts herausgekommen ist. Ob nun eine Revision der Akkordpreise auf den einzelnen Werften vorgenommen wird, das muß sich bald zeigen. Denn wenn die Werften den ganzen Willen dazu haben, kann kann die Sache nicht auf die lange Bank geschoben werden; denn für die Arbeiter ist die Sache wirklich dringend. Wir wollen die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß auch die Werksbesitzer dies noch noch einsehen. Neben dem allgemeinen liegt es doch auch in ihrem persönlichen Interesse dazu beizutragen, daß ein gedeihliches Arbeitsverhältnis erhalten wird. Trotz aller schönen Reden über die ungünstige Lage der Werften wird man die Arbeiter nicht davon überzeugen können, daß eine florierende Industrie, wie es die deutsche Schiffbauindustrie in dieser Zeit nun einmal ist und, nach den

Geschäftsberichten der einzelnen Werke, auch in der Zukunft noch sein wird, nicht in der Lage sein soll, ihre Arbeiter, auf den Verhältnissen entsprechend zu bezahlen; auch wenn sie mit manchen Widerwertigkeiten zu rechnen hat. Die Deutschen Schiffswerften legen besonderen Wert auf gute Leistungen, weil sie damit am besten ihre auswärtige Konkurrenz aus dem Felde schlagen können. Sie sind damit aber auch auf eine gut ausgebildete und leistungsfähige Arbeiterschaft angewiesen. Eine solche kann man auf die Dauer aber nur durch eine den gestellten Anforderungen entsprechende Bezahlung erhalten.

Die Akkordfrage spielt für die Werftarbeiter von jeher eine ausschlaggebende Rolle, da fast ausschließlich in Akkord gearbeitet wird. Wenn eingangs dieser Betrachtung erwähnt wurde, daß während des Krieges die Arbeit mehr forciert worden ist, und daß die Arbeiter durch Mehrleistung ihren Verdienst teilweise etwas gesteigert haben, so dürfte es erklärlich sein, daß auf die Dauer, auch die Kraft der Arbeiter schließlich ermüdet. Das trifft schon in normalen Zeiten zu. Daß der Zustand aber unter den herrschenden Verhältnissen eintreten muß, dürfte wohl jedem Menschen von selbst verständlich sein, ohne daß man erst auf die Ursachen einzugehen braucht, die den Zustand herbeiführen. Eine Lohnerhöhung allein kann den Werftarbeitern nicht helfen, weil diese bei der Akkordarbeit nicht zur Geltung kommt. Denn nicht der Lohn bildet das Einkommen des Arbeiters, sondern der Betrag, der im Akkord erarbeitet wird. Zudem besteht auf den Werften noch ein ausnahmsweise niedriger Lohnsatz, der in anderen Berufsgruppen der Metallindustrie nicht mehr zu finden ist. Deshalb ist für die Werftarbeiter notwendig: Eine Erhöhung des Grundlohnes und eine gleichzeitige Aufbesserung im Akkordverdienst. Diese Notwendigkeit tritt jetzt ganz besonders zutage.

Allgemeine Rundschau

Auf ein 25 jähriges Bestehen

Wann der Verband sächsischer katholischer Arbeitervereine am 12. Oktober juristisch. Der Verband hat seinen Sitz in München und hier war es auch, wo vor 25 Jahren die Präsidien der damals in München bestehenden fünf katholischen Arbeitervereine unter Führung des damaligen Stadtpfarrers Sigg zusammentraten und zu einer Konferenz sächsischer Arbeitervereins-Präsidien nach München einluden. Diese Konferenz fand am 12. Oktober 1891 statt und hatten 27 Herren der Einladung Folge geleistet. Hier wurde denn auch die Grundlage zu dem heute so mächtig emporgeschrittenen Verband gelegt, trotzdem damals das katholische Arbeitervereinswesen in Süddeutschland noch recht klein und unansehnlich war. Der erste katholische Arbeiterverein im sächsischen Bezirk wurde im Jahre 1849 in Regensburg gegründet. Ihm folgten bis zum Jahre 1879 in ganz Bayern nur fünf Vereine. Es bedurfte des mächtigen Aufstoßes, den das gewaltige katholische Arbeitervereinswesen auf dem Reichsfesttage in Amberg erhielt, um auch in Süddeutschland weitere katholische Arbeitervereine entstehen zu lassen. Bis 1890 waren in Bayern weitere 16, in Württemberg 5 und in Baden 8 Vereine entstanden und diese galt es auf der oben angeführten Konferenz zu gemeinsamen Wirken zu vereinigen. Daß dies Vorhaben in vollstem Maße gelungen ist, beweist die gewaltige Bedeutung, die der Verband sächsischer katholischer Arbeitervereine eine heute errungen hat. Der Verband hat sich in dem Münchener Rathaus eine Zentrale geschaffen, in der sich so recht deutlich das gewaltige Emporkommen des Verbandes in dem ersten Jahrzehnd seiner Wirksamkeit wieder spiegelt. Mit den übrigen christlichen Gewerkschaften überbringen auch wir christliche Metallarbeiter in allerprophetischer Voraussicht dem Verbands sächsischer katholischer Arbeitervereine zu seinem silbernen Jubiläum die besten Wünsche für eine weitere geblühende Zukunft.

Wandergerichtspräsident Dr. Preuner †.

Der in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft wohlbekannte Wandergerichtspräsident Dr. Hans Preuner ist in München im 47. Lebensjahre verstorben. Neben dem Magistratsrat von Schulz-Weil und dem früheren Beigeordneten in Essen, jetzigen Geheimen Regierungsrat Dr. Biedfeld war Dr. Preuner der unermüdete Bestreber und Bahnbrecher des deutschen gewerkschaftlichen Einigungsweges. Dem gemeinschaftlichen Wirken dieser drei Männer hat das deutsche gewerkschaftliche Einigungswesen und damit auch die deutsche Arbeiterschaft ungemein viel zu verdanken, nur daß in den letzten Jahren an die Stelle Biedfelds sein Nachfolger in Essen, Beigeordneter Rath, getreten war. Die seit 3 Jahren in Berlin erscheinende Monatsschrift „Das Einigungswesen“ wurde ebenfalls von dem Verstorbenen von Schulz, Rath und Dr. Preuner herausgegeben. Bei allen irgendwelch bedeutungsvollen Tarifverhandlungen und Tarifvereinbarungen wurde Dr. Preuner als Vermittler und Organ in dem Widerstreit der beiderseitigen Interessen zugezogen und stellte er jederzeit gern und freudig seine reiche Erfahrung in den Dienst der Sache. Wir bedauern aufrichtig den allzu frühen Hinschied des bedeutenden Mannes und sind sicher, daß ihm in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft ein gutes Andenken bewahrt wird.

Zu einer neuen Kartoffelverwertung.

Daß noch lange nicht alle Bauern den in unserer Nr. 23 mitgeteilten Standpunkt der bayerischen Bauernvereine teilen: In der Frage der Kartoffelverwertung müsse es heißen — zunächst der Mensch und dann das Vieh, bewies der Reichstagsabgeordnete Arnstadt, als er am 18. Oktober im Reichstage ausrief, es sei ein Übel, den Preis der Kartoffeln dauernd niedriger, als den Futterwert der Kartoffeln zu halten. Das sagt der Mann zu einer Zeit, wo die Bauern die Speisekartoffeln mit 4 Mark den Zentner bezahlt bekommen. Das heißt auf gut

deutsch nichts anderes als wie: weil gegenwärtig das Schweinefleisch hoch im Preise steht, hat die Kartoffel einen hohen Wert als Futter und darum muß also die Kartoffel, die zur menschlichen Nahrung dient, noch höher bezahlt werden. Und da sage noch etner, es gäbe gegenwärtig nur deswegen so wenig Kartoffeln, weil die Herren Landwirte sie zurückhielten, bis ihnen höhere Preise bewilligt wären. Würden dann aber diese höheren Preise erzielt, dann müßte man natürlich wieder höhere Schweinepreise haben, weil man sie mit den teureren Kartoffeln hat füttern müssen. Was nennt man richtig eine Schraube ohne Ende. Offenlich hält aber diesmal die Regierung Wort und läßt sich nicht mehr auf eine Heraussetzung der Kartoffelpreise ein. Sonst werden wir aus der Kartoffeln überhaupt nicht mehr herauskommen. Wenn auch wirklich unsere Kartoffelernte nicht besonders ausgefallen ist, so dürfte doch die zur Ernährung der Menschen nötige Menge reichlich vorhanden sein, wenn nur einmal mit der nötigen Entschiedenheit an die Sicherstellung des hierfür nötigen Quantums herangegangen wird. Die inzwischen erfolgte Herabsetzung des Tageskopfflages auf 1 Pfund können wir nicht als ganz richtig ansehen. Für Städte, die eine zahlreiche gut gestellte Bevölkerung aufweisen, wie Köln, Bonn, Wiesbaden, Frankfurt a. M. usw., die in der Lage sind, sich als Ersatz die noch vorhandenen nicht rationierten aber teuren Lebensmittel zu kaufen, mag diese Regelung zureichend sein. Für die industrielle Bezirke aber, insbesondere für das Ruhrgebiet, ist ein Tageskopfflag von 1 Pfund zu niedrig. Denn erstens ist die Industriebevölkerung von jeder in ihrer Ernährungsweise in viel höherem Maße auf den Genuß von Kartoffeln angewiesen und auch daran gewöhnt, als andere Bezirke Deutschlands. Zweitens ist durch die außerordentlich hohe Bevölkerungsverdichtung ein viel geringerer Prozentsatz der Bevölkerung in der Lage, den Bedarf an Kartoffeln durch eigenen Anbau zu decken, als wie dies anderswo der Fall ist. Und drittens ist zu beachten, daß es sich hier um überaus unbedeutendste Bevölkerung handelt, die eben zum Entsetzen auf Brot und Kartoffeln angewiesen und nicht in der Lage ist, sich die nachherstern aber teuren sonstigen Lebensmittel kaufen zu können. Daran wird auch durch die tägliche Zulage von 1 Pfund Kartoffeln für die Schwerarbeiter sehr wenig geändert.

Auch scheint die einseitige Regelung heute schon durchwachsen zu werden. Wir lesen nämlich in Berliner Blättern eine Mitteilung des Magistrats von Neudölln, wonach dort zum Ersatz von etwaigen mitgelieferten unzureichenden Kartoffeln die tägliche Ration nicht wie sonst gesetzlich vorgeschrieben auf 1 Pfund, sondern auf 1 1/2 Pfund festgesetzt worden ist. Es ist nun kaum anzunehmen, daß nach Neudölln schlechtere Kartoffeln hingeliefert worden sind, wie nach anderen Orten. Wir haben aber nicht in Erfahrung bringen können, daß auch ein irgend einem anderen Ort eine Erhöhung des Tageskopfflages auf 1 1/2 Pfund wie in Neudölln stattgefunden habe. Auch geht aus der Mitteilung des Magistrats von Neudölln wie einiger anderer Berliner Vororte hervor, daß dort schon feste eingeliefert wird. In den industriellen Bezirken der Städte dagegen reichen die Anlieferungen kaum für den täglichen Bedarf, ja einige Städte haben schon den Tageskopfflag unter ein Pfund herabsetzen müssen. Woher diese Ungleichheit in der Behandlung? Möge man doch endlich energische Maßnahmen ergreifen, um der leidigen Kartoffelmangel, die Ursache ist, in unserem gewöhnlich zum Durchhalten genötigten Volk die ganze Stimmung zu verberben, endlich zu heuern. Das dies möglich aber auch nur auf diesem Wege zu erreichen ist, beweist folgende

Bekanntmachung des Landrats von Bedum in Westfalen, Herrn Dr. Wahlmann:

„Ein Teil der Landwirte gibt an, daß ihre Ernte so schlecht ausgefallen sei, daß sie nicht in der Lage sind, Kartoffeln abzugeben, ein anderer Teil läßt bei der Abrechnung durchfallen, daß ihm der jetzige Höchstpreis zu gering sei. Ich habe bis jetzt von einer zwangswise Entelgung absehen zu sollen geglaubt, in der Erwartung, daß die Landwirte, dem Grade der Zeit entsprechend ihre nicht und nicht selbst benötigten Kartoffeln freiwillig abgeben würden. Ich habe mich jedoch geäußert und bin nun gezwungen, die durch gesetzliche Bestimmungen vorgesehene Entelgung in die Wege zu leiten.“

Wenn die in Betracht kommenden Behörden überall da, wo unbedeutende Zurückhaltungen von Kartoffeln festgestellt werden, rücksichtslos mit derselben Entschiedenheit vorgehen, würde die leidige Kartoffelfrage recht bald gelöst sein, denn den Bauer möchten wir sehen, der sich der Gefahr aussetzt, seine Kartoffeln für den Preis von 2,50 Mark pro Zentner enteignet zu bekommen, wenn er einmal bestimmt weiß, daß ihm diese Gefahr droht. In demselben Maße, in dem die Energie bei den behördlichen Maßnahmen zunimmt, geht die Kartoffelfrage einer guten Lösung entgegen.

Was uns künftigen würde,

wenn die Feinde ihr Vorhaben, die Verschmetterung Deutschlands auszuführen könnten, d. h. wenn sie den Sieg davontragen, geht so recht handgreiflich aus einer Auslassung des meistgelesenen Pariser Blattes „Matin“ hervor, auf die eine andere Pariser Zeitung „Bataille“ am 12. Oktober 1918 besonders hinweist. Der „Matin“ führt aus:

„Der Sieg ist unser und man wird ihn uns nicht entreißen. Aber das genügt nicht; es ist noch nötig, daß man es Deutschland für immer unmöglich macht, Schaden zuzufügen. Es ist ein bössartiges Tier, das man niederschlagen muß. Ein derartiges Unternehmen ist unerlässlich als eine Maßregel der öffentlichen Gesundheit. Es ist nicht unausführbar. Es ist sogar leicht. Wenn ein Volk derartige Verbrechen begangen hat, wie das deutsche, kann die Zivilisation ihm die Erlaubnis nicht gestatten. Müßt man es froh ausgehen, so würde es wieder anfangen, denn sein grenzenloser Stolz erzeugt in ihm die Ansicht, daß es ein außerwähltes Volk sei, dazu bestimmt, die Welt zu beherrschen. Sogar die Sozialdemokratie erhält es in dieser Illusion. Napoleon hat nach Jena die Wiederherstellung Frankreichs vorausgesehen. Er hat sie zu verhindern gesucht, aber es ist ihm nicht gelungen. Aber ist dies ein Grund, darauf zu verzichten? In Zeiten Napoleons gab es weder Eisenbahnen noch Telegraphen, weder Fernsprecher noch drahtlose Telegraphie. Was Napoleon nicht durchsetzen konnte, das werden jetzt Frankreich und die Alliierten durchsetzen. Sie werden es Deutschland und der ganzen Bande von Banditen, Dieben und Meuchelindern, die es vertritt, unmöglich machen, sich je zu erholen. Wenn man imstande war, derartige Ungehener zu bestigen, soll man sie verhindern, sich von ihren Niederlagen wieder zu erheben und die Maske der Rechtschaffenheit wieder anzulegen, mit der sie eine leuchtende Welt geblendet haben. Auf den Ruinen des zerstörten deutschen Reiches werden die schönsten Blumen der Zivilisation erblühen. Diesen Sonnenanfang können wir heute schon erblicken und ihn in unseren

schmerzhaften Herzen schwärmerisch begrüßen. Frankreich und seine Verbündeten werden bald die Freude des Lebens und des Aufstehens genießen und die Befreiung der Menschheit besingen.“

Sogar die Pariser „Bataille“ muß angeden, daß niemals in einer deutschen Zeitung, nicht einmal in einer all-deutschen, eine ähnliche Sprache gegen Frankreich geführt worden sei. Wir aber können und aus dieser Schreibe eine Vorstellung machen, was uns bevorsteht, wenn es dem Verberberhand gelänge, was Gott!-! Dank, niemals geschehen wird, unsere eiserne Mauer im Osten und Westen ununtrennen. Es soll auch niemand glauben, daß derartige Auslassungen nicht ernst zu nehmen wären. Klingt denn nicht aus den Mäulern der englischen und französischen Staatsmänner Tag für Tag genau dasselbe heraus? Es ist wirklich nicht ihre Schuld, wenn sie ihr Vorhaben bisher noch nicht haben ausführen können. Nach dieser Tage hat ein jetzt in der Schweiz internierter Deutscher, der seit Anfang des Krieges in einem französischen Flüchtlingslager untergebracht war, in einem Brief an eine Bekannte folgendes geschrieben:

„Die allerersten Opfer des Krieges waren Bibl-gefangene. Wie viele von der Mehrzahl als sogenannte „Eptone“ oder von legendärem Charakter auf der Straße niedergeschossen worden sind, ist schwer zu sagen. Wenn ich noch am Leben bin, so vermute ich es meinen Sprachkenntnissen. Ohne dies wäre ich schon am 1. August ins Meer geworfen worden. Heute wünsche ich mir nichts Besseres, als im Schützengraben gegen unsere gefährlichen Feinde zu kämpfen. Der des Krieges Überdrüssig vor Augen haltend: „Wir haben den Welt, die Wasser gut zu behandeln. Wenn wir aber noch dem eigentlichen Deutschland kommen, werden wir alles in Schutt und Asche legen. Wir werden mehr Frauen nach Ostafrika schicken und das Land mit dem Mutterlande benachteiligen.“ Was die Franzosen „gut behandeln“ heißen, haben wir Leute erzählt, die aus dem Elend weggeschleppt wurden. Ich werde es dir weiter mitteilen.“

Ein von der Front kommender, deutscher Junge hat zu mir selber gesagt, daß ihre Offiziere es ihnen erlaubt hätten, die deutschen Soldaten, welche die Waffen strecken, gefangen zu nehmen oder niederzumetzeln. Ich kann diese Aussage bekräftigen, wenn es nicht ist.

Wir Deutsche haben allen Grund, unsere Zeit nicht mit unruhigen Gelammer zu verbringen. Immer frisch losgepuddert, bis die gegen Mittag! Wenn wir Verluste haben, so haben die Feinde viel mehr. Im Februar 1918 hatte ein französisches Dorf von 800 Einwohnern (es liegt nahe der spanischen Grenze) 60 Tote. Wo gibt es in Deutschland einen solchen Prozentfuß? Kriegen.

Ist das, was hier von den Franzosen gesagt wird, nicht dasselbe, nur in anderer Form, was oben in der Auslassung des „Matin“ zu lesen ist. Den guten Willen hatten die Herrschaften schon. Nur ist es ihnen nicht dank der vorzüglichen Tapferkeit unserer Heere und ihrer bewundernswürdigen Führung vorbeizugehen. Diesen Menschen haben unserer hundertfachen Feinde gegenüber kann es auch in Zukunft trotz aller Schwierigkeiten keine andere Lösung geben, wie treues, unentwegtes Durchhalten bis zum feindlichen End; oder noch besser, wie Hindenburg sagt: Nicht nur durchhalten — Siegen!

Zur Jugendfrage

Während und infolge des Krieges hat die ohnehin so bedeutende Jugendfrage an Wichtigkeit noch erheblich zugenommen. Soweit sie Frage des Nachwuchs, des Ersatzes unserer nationalen Kraft ist, steht ihre entscheidende Bedeutung handgreiflich vor uns. Neu dagegen oder doch in neues Licht gerückt sind die Fragen, die sich aus der fast sturzhaft gestiegenen und heute aus-schlaggebenden Stellung der Jugendlichen im Produktionsprozess ergeben. Denn mit dieser Entwicklung sind nicht bloß objektive Veränderungen verbunden, sondern namentlich auch subjektive: die ganze seelische Veranlagung der Jugend wird aufs tiefste beeinflusst. Ihr Selbständigkeitsgefühl und ihr Freiheitsdrang lassen alle Grenzen hinter sich, zumal der Krieg in so vielen Fällen die etliche Autorität praktisch, durch Entfernung des Vaters aus der Familie, empfindlich beschneidet hat. Bei Gelegenheit der Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes vor einigen Monaten hätten sich die daraus fließenden Notwendigkeiten mit Nutzen beschreiben lassen. Aber einmal wurde auch dieser Anlaß wieder zum Gegenstande einer politischen Kraftprobe gemacht, weil den Gegnern des Gesetzesentwurfes die brutale Unterdrückung eines ersten schrittweisen Versuches der vom Volke erkohlenen politischen „Reorientierung“ wichtiger war als die erste Beschäftigung mit schwierigen Erziehungsfragen. Und dann stellte sich auch immer mehr heraus, daß trotz der erschreckend angeschwollenen Literatur über die Jugendfrage auch an die neuesten Neuerungen dieser Frage immer wieder mit denselben realen Argumenten herangetreten wird, die gegenüber neuen Erfahrungen und Tatsachen eine fast beneidenswerte Unbekümmertheit an den Tag legen. Da wird mit einem Begriff von der Jugend gearbeitet, der den Altershaub von Jahrzehnten an sich trägt. Man mußte doch bei der Betrachtung angelegener Politiker und Tagesgeschäftler und andern wichtigen Persönlichkeiten und Tagesgeschäftlern und andern wichtigen Persönlichkeiten lang und breit zu der „neuen Einbildung“ verhelfen, daß die Gewerkschaften nicht erst jetzt den ver-rückten Plan im Schilde führen, die arbeitende Jugend an sich heranzuziehen, sondern daß sie auf diesem Gebiete schon seit Jahren erhebliche Erfolge aufzuweisen und sich wirkliche Leistungen, vom Standpunkte des Volkswohls aus gesehen, errungen haben, weil sie Aufgaben erfüllen, die zwar sehr wichtig, aber unsichtbar sind und die daher andere Organisationen mit ihrem Bestreben, nach oben und unten zu schlingen, nicht sehen können.

Das durch den Krieg geschaffene Selbstständigkeitsgefühl der Jugend wird sich in einem vornehmlichen Streben nach eigener, d. h. von den Erwachsenen „emancipierter“ Bewegung der Jugendlichen Geltung verschaffen. Ohne auf die damit verbundenen Gefahren einzugehen, sei hier nur der Schwierigkeiten bedacht, die

der Sozialdemokratie aus dieser Entwicklung erwachsen. Mit ihrem unelastischen Gesicht, die Menschen von der leichtest erregbaren Stelle aus zu fassen, hat die oppositionelle Minderheit in der Sozialdemokratie das Emanzipationsbestreben der Jugendlichen gleichsam als Kanak bemerkt, um ihre Auffassungen von den politischen Aufgaben der Arbeiterbewegung im Kriege (Verteidigung der Volkswirtschaft vom 4. August, Kreditablehnung usw.) in den angestrebten ohne Zweifel reglementierten Teil der Arbeiterschaft, eben die jugendliche, hineinzuleiten. Auf diese Weise wurde der erste Schritt auf dem Wege getan, der erfahrungsgemäß in der Sozialdemokratie immer von denen beschritten wird, die die Entwicklung einer Krisis zutreiben wollen: die Massen werden gegen die angeblich verhängnisvollen und verführerischen Führer aufgebracht. Tatsächlich hat das Vorgehen eine organisatorische Aufspaltung in der sozialdemokratischen Jugendbewegung zur Folge gehabt. Neben die bestehende Bewegung, die dem Eingreifen der Erwachsenen in die Betätigung der Jugendlichen aus Rücksichten der Erziehung weiten Spielraum ließ, ist eine neue (sich Braunschweig) getreten, die in der Hauptsache von den Jugendlichen selbst geführt wird und sich auch bereits ein neues Organ gegeben hat.

Es ist wohl mit Bestimmtheit zu erwarten, daß angesichts derartiger Entwicklungstendenzen, von denen die in der Sozialdemokratie nur ein Beispiel sind, die Vertreter der eigentlichen Jugendpflege, also die Anhänger der Führung der Jugendlichen durch die Jugendlichen, mit womöglich noch größerer Schärfe als vorher den Gedanken einer zwingend notwendigen Vertiefung der gesamten Jugendpflege wieder aufgreifen und durchzuführen suchen werden. Vor allem werden dazu zwei Mittel empfohlen: die kundenlos durchgeführte obligatorische Fortbildungsschule und in unmittelbarem Anschluß daran die militärische Erziehung der Jugend vor dem Eintritt ins Heer. Demgegenüber wollen beispielsweise die Turnvereine und sonstige Jugendvereine ihre Interessen dadurch gesichert wissen, daß man ihnen die Bestimmung der militärischen Erziehung übertragen sollte. Wir befürchten, daß dann die Gewerkschaften noch schwieriger ins Kraut schießt als bisher und würden uns freuen, eine wirklich ernsthafte militärische Vorbereitung durch den Staat und seine Organe selbst schon vorzuziehen, da darauf das Volk keinen Einfluß ausüben vermag. Den berechtigten Interessen der Jugendvereine usw. kann dann in anderer Weise Rechnung getragen werden.

Im übrigen aber glaube man doch nicht, daß mit all diesen Mitteln den radikalen Tendenzen in der Jugendbewegung Abbruch getan werden könne. Soweit die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Betracht kommt, haben schon die bisherigen Erfahrungen bewiesen, daß keine Jugendvereins- und ähnliche Einrichtungen einen nennenswerten

Arbeiter abhält, sich selbst in dem Dienst von Familie und Ueberlieferung zu entwickeln, der Sozialdemokratie anzuschließen. Aber etwa von den Einwirkungen des Krieges eine glänzende Bedeutung auf diesem Gebiete erwarten sollte, hat mehr Optimismus, als wir beim besten Willen aufzubringen vermögen. Denn — verstellen wir die Augen doch nicht angstlich vor unbekanntem Launen, die dadurch nicht hinweggeschafft werden — was die Leute zum Dienst mit der Jugendvereinsarbeit treibt und nach der gewaltigen Aufregung durch den Krieg voranschreitend erst noch ernstlich treibt, das ist der Umstand, daß sie im Jugendbereich selbst ihr wirtschaftlichen Interessen nicht genügend gewahrt haben und daß man es dort vernachlässigt hat, sie vornehmlich auf die dafür notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen hinzuweisen. Wie hier kein entscheidender Wandel geschaffen, dann ist die Jugendvereinsarbeit im wesentlichen nur ein Teil der Arbeiterbewegung. So werden aber, b. h. neben Erziehungsarbeit, Sport und Spiel im Jugendbereich selbst auch noch notwendige wirtschaftliche Interessenvertretungen betreiben zu wollen, ist ein Irrtum. Ganz abgesehen davon, daß die Jugendvereine doch immer nur die jüngeren Jahrgänge an sich zu fassen vermögen. Gewerkschaftsarbeit, die nachhaltige Erfolge zeitigen soll, erfordert einen ganzen Mann und ein ganzes Tagewort. Sie erfordert zugleich aber auch auf Seiten der Führung ein völliges Herabsetzen auf der wirtschaftlichen Lage, deren Beschaffenheit und den daraus entstehenden Produktionsfragen auf Arbeiterseite. Daraus ist im Reichen gewaltiger Kapitalauflockerung bei Unternehmern und Arbeitgebern zu hören. In beide schon Tag um Tag hat die Arbeit der Jugendvereine die Arbeiterfrage vor dem Auge zu stellen. Schere ist und es nicht gegen den Hintergrund der Arbeiterfrage der Arbeiter und der Arbeiter. Die Interessen der Jugendlichen der deutschen Arbeiterbewegung sind nicht weniger wichtig als die Interessen der Jugendlichen der Arbeiterbewegung. Schere ist und es nicht gegen den Hintergrund der Arbeiterfrage der Arbeiter und der Arbeiter. Die Interessen der Jugendlichen der deutschen Arbeiterbewegung sind nicht weniger wichtig als die Interessen der Jugendlichen der Arbeiterbewegung.

Überhaupt können im Kriegszustand, daß die gewerkschaftliche Schaltung der Arbeiterbewegung in jeder Hinsicht von hohem Nutzen gewesen ist. Welche Rolle spielt hat während des Krieges ihre nationalen Aktivitäten so ernst angesehen und — durchgeführt, wie die organisierte Arbeiterbewegung? Was hat es mehr praktische Arbeit am Aufbau der Arbeiterbewegung, als den Arbeiterbewegung zu sein.

Die Bemessung der Unfallrente.

Die Entschädigung, welche die Berufsgenossenschaft für verlorene oder geminderte Erwerbsfähigkeit zu leisten hat, besteht in einer Rente. Diese richtet sich im Gegensatz zur Unfallrente nach dem Grade der bei dem Verletzten bestehenden Erwerbsminderung. Bei Abschätzung des Grades der Erwerbsfähigkeit eines Verletzten wird zwar die bisherige Tätigkeit im Betriebe berücksichtigt, allein das bisherige Arbeitsfeld ist nicht immer maßgebend; der Schaden besteht vielmehr in der Einschränkung der Möglichkeit, auf dem gesamten Arbeitsmarkte nach seinen gesamten Kenntnissen und Vorkenntnissen wie geübten Fähigkeiten, Verdiensten zu erwerben. Bei Beurteilung der unmittelbaren und mittelbaren Anfallsfolgen bilden die ärztlichen Gutachten zwar einen wichtigen Anhaltspunkt, sind aber nicht ohne weiteres ausschlaggebend. Ebenfalls kommt dem Verdienste, den der Verletzte nach dem Unfall erzielt, bei Bemessung der Rente eine ausschlaggebende Bedeutung beizulegen. Wenn, wie es namentlich bei offenen Verletzungen der Fall ist, die Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit des Verletzten regelmäßig je nach Jahreszeit wechselt, so ist die Rente unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse für das ganze Jahr einheitlich festzusetzen. Die Höhe der Rente darf im höchsten Falle nur 66 2/3 Prozent des Jahresverdienstes betragen und wird eine solche Rente nur dann gewährt, wenn der Verletzte völlig erwerbsunfähig ist. Nur dann, wenn der Verletzte des Anfalles nicht nur vollkommen erwerbsunfähig, sondern auch derart hilflos ist, daß er ohne fremde Wartung und Pflege nicht zu bestehen vermag, kann eine erhöhte Rente und zwar bis 100 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes bewilligt werden. Bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit wird der entsprechende Teil der Vollrente gewährt. Die nachstehenden Durchschnittszahlen geben einen Anhaltspunkt für die Bemessung der Entschädigungsätze, wenn nicht besondere Umstände (Schmerzen, Alter, Ausbildung usw.) zu Abweichungen führen. Zu Anfang werden immer etwas höhere Renten gewährt, damit der Verletzte sich schonen kann. Verlust eines Armes rechts 25-33 1/2 Prozent, Verlust des Gehirns 30-40 Prozent, Verlust der Hand rechts 50-60 Prozent, links 40-50 Prozent, des Armes rechts 60-75 Prozent, links 50-60 Prozent, völlige Verletzung des Handgelenkes rechts 30-40 Prozent, links 20-30 Prozent, des Schulter- oder Ellenbogengelenkes rechts 50-60 Prozent, links 30-40 Prozent, Verlust oder völlige Unbrauchbarkeit des Daumens rechts 20-30 Prozent, links 15-20 Prozent, des Fingergelenkes rechts 10-20 Prozent, links 10-15 Prozent, Verlust eines Beines bis 70 Prozent, eines Unterschenkels oder Fußes, 50-60 Prozent, Verletzung des Fußes, Knie- oder Hüftgelenkes 20-30 Prozent, Verlust der großen Zehe oder mehrerer anderer Zehen 10 Prozent, gewöhnlicher Bruch- und Schenkelbruch, einfacher 10 Prozent, doppelter 15 Prozent, Denten unter 10 Prozent werden nicht gewährt. R. W.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 5. November der stabsdiensterzögerte Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. November bis zum 11. November fällig.

Wir ersuchen unsere Kollegen im Felde, sowie die Frauen unserer Kollegen, jede Adressenänderung sofort ihrer betreffenden Ortsverwaltung mitzuteilen, damit die Ortsgruppe in steter Verbindung mit ihnen bleiben kann.

Die Nr. 24 (letzte Nr.) unseres Verbandsorgans ist bezugslos. An die Zahlstellenverwalter ergeht deshalb die Bitte, dort noch vorhandene, überzählige Exemplare an die Hauptverwaltung nach Duisburg umgehend zurück zu senden.

Aus dem Verbandsgebiet

Köln. Die Lohnverhältnisse der Metallarbeiter und Arbeiterinnen liegen im Kölnener Bezirk, wie die eingehenden Schilderungen in Nr. 44 und 45 unseres Verbandsorgans erweisen, nach außerordentlich im engen. Das trifft insbesondere auf die Entlohnung gewisser Berufsgruppen namentlich der Hilfsarbeiter sowie auch der Arbeiterinnen zu. In wiederholten Malen haben die Verbände der Arbeiterverbände versucht, mit dem Verband der Industriellen Metallindustrie zu Köln eine Berufshilfe in der Regelung der Arbeitslöhne oder der Gewährung angemessener Feuerungszulagen zu erzielen. Es wird einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben müssen, an Hand der eingehenden die Maßnahmen und Kriegsverfahren im Kölnener Bezirk sowie namentlich das nach den vorliegenden Mitteilungen rechtsondere Verhalten des Kölnener Arbeitgeberverbandes in Zeit dieser Art der Unmöglichkeit zu übergeben. Die Vorgänge im Kölnener Gebiet sind namentlich die verschiedenen Erklärungen des Arbeitgeberverbandes sind Dokumente von historischer Wert. Mit den in jüngster Zeit unterzeichneten Beschlüssen, eine Klärung und Besserung der Lohnverhältnisse herbeizuführen, befaßt sich erst am 1. Oktober 1916 im Kölnener Gefellen-Verbande eine gemeinsame allgemeine Versammlung von Metallarbeitern und Arbeiterinnen. Die Kollegen und Kolleginnen waren in großer Zahl zu dieser Zusammenkunft erschienen. Bezirksleiter Kollege Schmidt-Köln berichtete eingehend über die von ihm im Jahre 1915 während der Verhandlung mit dem Arbeitgeberverbande Verbindungen anzuknüpfen, um eine Verständigung über die Regelung der Lohnverhältnisse zu Kölnen herbeizuführen. Dieser sei dabei von uns und Kölnen, daß es notwendig sei, die Beseitigung des Unrechts unter allen Umständen sicher zu stellen. Aber ebenso notwendig ist eine entsprechende höhere Entlohnung des Arbeiters, besonders in der Feuerungsindustrie. Die Arbeitskraft der gewöhnlichen Arbeiter bediene für die Durchführung der Kampfhandlung und Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft nicht weniger als die der Sanitätskräfte und anderer Kräfte, die an der Kriegswirtschaft hervorragend beteiligt sind. Die Arbeiter hätten mit dieser so wertvollen Arbeitskraft keinen Wasser verdient, sonst wären die Löhne der Handarbeiter und namentlich auch die der Nicht-Handarbeiter viel höher wie

jetzt. Es sei bedauerlich, daß bis jetzt der Verband der Arbeitgeber eine entsprechende Sprache in der Lohnfrage abgelehnt habe. In vielen anderen Bezirken sei durch gemeinsame Beratungen und Verhandlungen eine Verständigung erzielt und Störungen der Feuerungs-erzeugung dadurch hintangehalten worden. Eine Verständigung müßte auch in Köln möglich sein. Am 26. August 1916 hatten die Vertreter der Arbeiterorganisationen der Gefellen-Verbandes des Arbeiterverbandes die Wünsche der Arbeiter vorgetragen. Dabei sei ausdrücklich betont worden, daß von Arbeiterseite eine grundsätzliche Änderung im Lohnwesen keineswegs angestrebt würde, daß es vielmehr in der Hauptsache darauf ankomme, dem an sich geringen Teil der Arbeiterkraft Verbesserungen und Hilfestellungen zu gewähren. Am 30. August 1916 sei ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes eingelaufen, in dem merkwürdigerweise behauptet werde, daß einheitliche Lohnsätze nicht eingeführt werden könnten. Im übrigen seien Verdiensterhöhungen eingetreten und Feuerungszulagen gemindert worden. In der weiteren Berichterstattung bestätigte der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Walter K. Düsseldorf, und Bezirksleiter des Kölnener Arbeitervereins, Fritz L. Duisburg diese Berichterstattung und forderten gleichfalls ein größeres Entgegenkommen der Arbeitgeberkraft.

Um Mißdeutungen jeglicher Art die Spitze zu brechen und eine unerrückbare Grundlage zu Verhandlungen zu geben, beschloß die Versammlung die einstimmige Annahme nachstehender Entschliebung:

„Die am 1. Oktober 1916 zu Köln tagende, von den Ortsverbänden der Verbände: Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands, Deutscher Metallarbeiterverband und Gewerksverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (H.-D.) einberufene allgemeine Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen der Metallindustrie des Kölnener Bezirks nimmt Kenntnis von dem Bestreben der Bezirksleitungen der drei Metallarbeiterverbände, durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Industriellen Metallindustrie die Frage der Gewährung von Verdiensterhöhungen oder der Einführung angemessener Feuerungszulagen in den Betrieben der Metallindustrie des Kölnener Bezirks so zu regeln, daß dadurch die fortgesetzte steigenden Erhöhungen der derzeitigen Feuerungsperiode gemindert würden.

Der übereinstimmenden Berichterstattung zufolge haben die Arbeitervertreter bei Erörterung der Arbeiterwünsche mit dem Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes bereits umgewandt erkennen lassen, daß das Streben der Arbeiter nicht in einer grundsätzlichen Änderung irgendwelcher Lohnsätze oder Lohngrundlagen gipfeln, vielmehr im wesentlichen dahin gehe, den gering entlohnerten Arbeitern durch eine angemessene Erhöhung des Einkommens eine Hilfe in dieser schweren Zeit zu verschaffen. Von einem Antrage nach Einführung von einheitlichen Lohnsätzen ist im Vortrage der Arbeiterwünsche mit keinem Worte die Rede gewesen.

Die Versammelten sprechen daher ihr Bestreben darüber aus, daß der Arbeitgeberverband der Industriellen Metallindustrie in seiner Erklärung vom 30. August 1916 jagt: „Wir beharren, dem gestellten Antrage auf Einführung von einheitlichen Lohnsätzen für die Arbeiterschaft in der Kölnener Metallindustrie nicht entsprechen zu können. In eingehenden Beratungen hat sich der Vorstand mit dieser Frage befaßt und ist zu dem einstimmigen Beschlusse gekommen, daß bei der Verschiedenartigkeit der hiesigen Fabrikationsbetriebe die Festlegung von einheitlichen Lohnsätzen nicht durchführbar ist.“

Die geben der Überzeugung Ausdruck, daß diese Erklärung entweder auf mißverständlicher Auffassung und Wiederholung der gestellten Arbeiterwünsche zurückzuführen ist, oder aber der Organisation der Arbeitgeber der gute Wille zu Entgegenkommen und zu einer Verständigung mit den Vertretungen der Arbeiter fehlt.

In der weiteren Behandlung des Arbeitgeberverbandes, daß bei den metallindustriellen Werken des Kölnener Bezirks wesentliche Verdiensterhöhungen schon eingetreten sind und in den Fällen, in denen bei Arbeitern infolge der augenblicklichen schwierigen Verhältnisse noch eine besondere Notlage bestand, die Werke nach Möglichkeit versucht haben, durch Gewährung von Feuerungszulagen oder dergleichen die Lage der betreffenden Arbeiter zu verbessern“, erklären die Versammelten, daß durchweg gerade da, wo infolge besonders niedriger Lohnverhältnisse die Notlage am größten ist, in Gewährung von Feuerungszulagen am wichtigsten gesprochen ist.

Mit Rücksicht auf die Notlage erhebt die Versammlung folgende Forderungen:

1. Der Lohn der Hilfsarbeiter, Hofarbeiter oder sog. Tagelöhner wird um 10 Pfg. pro Arbeitsstunde erhöht und soll für befristete Rente nicht unter 53 Pfg. pro Stunde betragen. Einigenfalls findet diese Bestimmung auch Anwendung auf andere Berufsstände, wie Kranführer, Schweißarbeiter, Schweißer usw., wenn dieselben hienach in jedem Einzelfalle arbeiten und soweit deren Löhne nicht bereits höher sind.

2. Außerdem erhalten Feuerungszulagen alle befristeten Arbeiter und Arbeiterinnen, auch Soldate, wenn sie für den Unterhalt der Eltern oder Angehörigen zu sorgen haben, pro Arbeitstag 60 Pfg., wenn sie durchschätzlicher Tagesverdienst 6.- Mark nicht übersteigt, und 30 Pfg. pro Arbeitstag, wenn der durchschätzliche Tagesverdienst zwischen 6 und 8 Mark liegt.

Die Versammlung erwartet von den Arbeitgebern auf Grund dieser Anträge insofern Entgegenkommen, daß damit die Aufrechterhaltung eines bei Beschaffung der Feuerungsstoffe überaus guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sichergestellt bleibt.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie werden nachdrücklich aufgefordert, an der Durchführung dieser Forderungen mitzuwirken und den bestehenden Organisationen beizutreten.

Mit diesem Beschlusse hat sich die Kollegenschaft des Kölnener Bezirks das Ziel gesetzt, das nunmehr nachdrücklich zu erreichen angestrebt werden muß. Auf die Unterstützung der Organisationskräfte kann dabei nicht verzichtet werden. Kollegen und Kolleginnen! Eucht daher unablässig für die Stärkung des Verbandes.

Briefkasten

Kollege H. S. in Essen. Die Gedichte des Kollegen Wieprecht sind nunmehr in einer kleinen Sammlung „Flammen“ im Sozial-studentischen Verlag in M.-Gladbach erschienen. Preis 20 Pfg. Dr. A. Gruß

Versammlung s-Kölnener

Kollegen und Kolleginnen!

Versammelt ohne Grund keine Versammlung!

Sonntag, den 4. November 1916:

Köln. Abends 8,45 Uhr im Solale Kölnen, We-Gemeinr.

Sonntag, den 5. November 1916:

Düsseldorf. Abends 8 Uhr findet im oberen Saale des Paulushauses, Luisenstr. 33-35 die Generalversammlung der Ortsverwaltung mit wichtiger Tagesordnung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Düsseldorf-Gerresheim. Vormittags 11 1/2 Uhr in Steinmanns Lokal „Zum roten Hahn“, Gräulingerstr. Herlohn. Nachmittags 5 Uhr im Gesellenhause wichtige Mitgliederversammlung.

Margloh. Nachmittags 3,30 Uhr bei Freundlieb am Neumarkt, wichtige Mitgliederversammlung. Referent: Kollege Mehr-Wanheim.

Freitag, den 10. November 1916:

Essen-Mittstadt. Abends 8,30 Uhr im kath. Gesellenhause Sektionsversammlung mit Vortrag.

Sonntag, den 11. November 1916:

Wln-Gumboldt-Kolonie. Abends 8,30 Uhr Mitglieder-versammlung bei Gutth, Wattstr.

Sonntag, den 12. November 1916.

Wln-Wilhelm. Morgens 10,30 Uhr Mitglieder-versammlung bei Rehbolz, Regentenstr. 9.

Wln-Rath. Morgens 10,30 Uhr Mitglieder-versammlung bei Hüntgesberg, Brauerstr. 14.

D.-Weiderich. 4,30 Uhr bei Kleine-Ratland, Unter den Ulmen.

Deutsche
Wachspapiere
und farben für alle Derotestfüllungsapparate.
Kohlepapier, Durchschlag- und Derotestfüllungspapier.
Echo vom Niederrhein + Duisburg.

Im Selbstverlag des Christlichen Metallarbeiterverbandes

ist vor kurzem erschienen:

Soziale Strömungen und gewerkschaftliche Arbeit während der Kriegszeit.

Bericht der Bezirksleitungen über die Wirksamkeit des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands in den Provinzen Rheinland und Westfalen.

167 Seiten Großformat

Das Werk berichtet eingehend über das Wirken des Verbandes in der allgemeinen Kriegesfürsorge, im Konsumtentenschutz, in der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Metallarbeiter, Feuerungszulagen, Tätigkeit der Behörden usw. und enthält außerordentlich reichhaltiges Material.

Preis 1 Mark.

Für Verbandsmitglieder durch die Verwaltungsstellen 50 Pfennig.

Zum Händewaschen.

„Ein Stück Krisit“

Frei im Verkauf Preis 10 Pfennig

Zum Reinigen und Scheuern von Gesch. und Metallgegenständen, Küchengeräten, Fußböden usw.

ein Paket Krisit pur-Soda

Frei im Verkauf Preis 15 Pfennig.

Geisel & Co., Düsseldorf, auch Lieferanten von Porzell. und Glasten. u. Soda